



www.friedensregion-bodensee.de

Friedensregion Bodensee e.V.

NEWSLETTER

Weitergabe erwünscht!

Nr. 31 / Juni 2023

Liebe friedeninteressierte Leserin und lieber Leser,

„Bis einer heult“ war mal ein witziger Aufdruck auf T-Shirts und Taschen bis der Krieg in der Ukraine ausbrach. „Bis einer heult“ ist angesichts des Leids, das dieses Ereignis mit sich bringt, gar nicht mehr witzig, mittlerweile ist es schon anderthalb Jahre her, dass wieder Krieg in Europa herrscht. Das Thema beschäftigt die Menschen, umso mehr diejenigen, die in der Friedensbewegung aktiv sind. Auch beim Bodensee-Friedensweg dieses Jahr war der Ukrainekrieg präsent, Andreas Zumach, der deutsche Referent auf dem Podium, hatte eine sehr klare Meinung dazu. Er kommt in diesem Newsletter mit der Aussage „**Es gibt mehr als Niederlage oder Sieg**“ erneut zu Wort.

Zu den Ostermärschen passt auch der Kommentar von Claus Kittsteiner über die **Vereinnahmung von rechts bis hinein in die Friedensbewegung**, waren doch auf diversen Friedensdemos neben den Regenbogenfahnen auch Reichsflaggen zu entdecken.



Das Thema **feministische Außenpolitik** beschäftigt uns erneut, in dem Brigitte L. Ehrich eine Kritik aus friedenslogisch-pazifistischer Perspektive vorstellt. Zwei Termine sollten bereits im Kalender stehen: Am 12. Juni lädt der Verein Friedensregion Bodensee zu seiner **Mitgliederversammlung** nach Überlingen ein, wo am 27. Und 28. Oktober auch die **Überlinger Friedenstage** stattfinden werden. Nach dem Zuspruch über die gelungene Tagung im vergangenen Jahr werden im Herbst unter der Überschrift „**Endspiel Kapitalismus: Wie Privat- und Wirtschaftsinteressen Frieden, Demokratie und Mitwelt gefährden, und wie aus der Krise Neues entstehen kann**“ Perspektiven für unser zukünftiges Leben eröffnet.

Ich wünsche Ihnen/ Euch eine anregende Lektüre und verbleibe mit herzlichen Grüßen Ihre/ Eure
Martina Heise

INHALT

Zum Newsletter Nr. 31	1
Internationaler Bodensee-Friedensweg 2023	2
Krieg gegen die Ukraine: Was kann jetzt getan werden, um eine Verhandlungsperspektive zu eröffnen?	3
Gelingt die Vereinnahmung von rechts bis hinein in die sich spaltende Friedensbewegung? Aufklärung tut hier dringend not!	5
Feministische und Wertebasierte Außenpolitik: eine Kritik aus friedenslogisch-pazifistischer Perspektive	6
Ulm – Militärstadt oder Friedensstadt?	10
Unsere Ausstellung FRIEDENSKLIMA! 17 Ziele für Gerechtigkeit und Frieden auf der Bundesgartenschau in Mannheim	11
Einladung zur Mitgliederversammlung 2023	12
Überlinger Friedenstage 27.-28. Oktober 2023	13
Vivienne Waldrapp: Chrup-Chrup und westliche Werte	14
Noch 8 Wochen bis zum EARTH-Overshoot Day 2023	15
Termine	16
Buchrezension: Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind und wie wir in Zukunft leben werden	17
Aktuelles	18
Impressum	19

Internationaler Bodensee-Friedensweg 2023

von Jürgen Dornis

Der Ostermarsch in der Bodenseeregion ist etwas Besonderes: Seit beinahe 40 Jahren finden sich alljährlich am Ostermontag Friedensbewegte aus Österreich, der Schweiz und Deutschland zu einer gemeinsamen Demonstration für den Frieden zusammen; in diesem Jahr kamen über 600 Menschen nach Heiden im Schweizer Kanton Appenzell Ausserrhoden. Der Gründer des Roten Kreuzes Henry Dunant hat dort seine letzten Lebensjahre verbracht und in dem nach ihm benannten Museum steht die Friedensglocke, eine von weltweit fünf Kopien der Angelus-Glocke, die den Atombombenabwurf von 1945 auf die japanische Stadt Nagasaki fast schadlos überstanden hat. An diesem symbolträchtigen Ort trafen sich die Teilnehmenden eines Sternmarsches aus 3 Richtungen unter der Losung **ZUSAMMEN:HALT! Frieden und Klima für unser Überleben.**

Bei herrlichem Frühlingswetter bewegten sich die bunten Kolonnen über die Landstraßen zum Versammlungsort, viel Zeit für den Erfahrungsaustausch unter den Aktivisten, die Friedensfahnen flatterten im Wind. Viele Plakate forderten sofortige Verhandlungen im Ukrainekrieg oder ein Ende der Waffenlieferungen, andere „Solidarität mit der Ukraine“, was der Schweizerische Friedensrat SFR schon vorab mit Waffenlieferungen und Sanktionen übersetzt hatte. Wären die Ostermarschierer tatsächlich „von Putin gesteuert“, wie viele deutsche Mainstream-Medien ihren Lesern glauben machen wollten, würden diese Meinungsverschiedenheiten wohl kaum offen kommuniziert.

Allerdings nicht immer demokratisch, wenn man dem Handzettel der „Schweizerischen Friedensbewegung“ glauben darf, die vom SFR als unerwünschte Teilnehmende von der Vor-

bereitung ausgegrenzt wurde. Zu offenen Auseinandersetzungen kam es indes nicht; die Brass-Bands sorgten eher für Volksfest-Stimmung, wozu dann auch der klassische Metzgerimbiss als Verpflegungsangebot passte. Über den ökologischen Fußabdruck desselben scheinen die Veranstalter ebenso wenig nachgedacht zu haben wie über die spirituelle Dimension. Regierungsrat Roger Nobs von der Kantonsregierung dankte den Teilnehmenden ausdrücklich für ihr zivilgesellschaftliches Engagement für den Frieden und mahnte den offenen Diskurs statt staatlicher Propaganda an – wir freuen uns auf die Grußbotschaft unserer Landesregierung im nächsten Jahr ☺. Statt der üblichen Reden moderierte der Interimspräsident des Dunant-Museums Dr. Ennulat ein Podiumsgespräch, dessen Teilnehmende in der Forderung nach Frieden und Verhandlungslösungen übereinstimmten. Frieder Fahrbach von der Friedensregion Bodensee lud ein zum Bodensee-Friedensweg 2024 nach Friedrichshafen, wo am Folgetag der Podiumsteilnehmer und ehemalige UN-Korrespondent Andreas Zumach seine Gedanken zum Ukrainekrieg weiter ausführte, siehe unser Beitrag auf [Seite 3](#).

Vielleicht können sich die Veranstalter ja im nächsten Jahr auf gemeinsame politische Forderungen einigen, die der geneigte Leser im diesjährigen Aufruf zum Bodensee-Friedensweg vergeblich suchen musste. Und auf bewusstere Verpflegungsangebote. Und und ... Der Bodensee-Friedensweg versteht sich als lernende Institution, er entsteht im Gehen ☺.

Eine Videoaufzeichnung des BFW 2023 von Andreas Schwendener ist auf <https://youtu.be/tCSyLLf35cl> oder auf der Webseite www.bodensee-friedensweg.org zu finden



Krieg gegen die Ukraine – Es gibt mehr als Niederlage oder Sieg

Was kann jetzt getan werden, um eine Verhandlungsperspektive zu eröffnen?

Wie kann der grausame Ukrainekrieg mit all seinen Menschenopfern, Zerstörungen und Eskalationsrisiken bis hin zu einem Einsatz von Atomwaffen endlich und auch auf Dauer gestoppt werden?

von *Andreas Zumach*

Nur durch einen Waffenstillstand mit nachfolgenden Verhandlungen über eine politische Lösung. Sonst droht an allen Fronten dieses Krieges ein im schlimmsten Fall jahrelanger Erschöpfungs- und Abnutzungskrieg, wie er bereits seit November 2022 um die Stadt Bachmut im Donbas stattfindet mit einem gewaltigen Einsatz von Soldaten, Waffen und Munition. Inzwischen (Stand April 2023) ist Bachmut fast völlig zerstört und von über 95 Prozent seiner ehemals 75.000 Einwohner entvölkert. Weder für Russland noch für die Ukraine ist ein endgültiger militärischer Sieg durch Umsetzung der bislang in Moskau beziehungsweise in Kiew offiziell proklamierten Kriegsziele möglich. Darauf weisen der Vorsitzende des Generalstabs der US-Streitkräfte, General Mark A. Milley und andere führende westliche Militärs bereits seit Spätherbst letzten Jahres hin.

Wer für eine Waffenruhe und Verhandlungen eintritt, sollte diesem Plädoyer aber immer die unmissverständliche Bewertung dieses Krieges als verbrecherischen, durch nichts zu rechtfertigenden Völkerrechtsbruch voranstellen sowie die Forderung nach einem sofortigen Stopp der russischen Angriffe und dem vollständigen Abzug der Invasions- und Besatzungstruppen aus der Ukraine. Diese Eindeutigkeit fehlte leider in manchen Texten, Appellen und Manifesten der letzten zwölf Monate, und sie fehlte auch in einigen Aufrufen zu den diesjährigen Ostermärschen Anfang April. Wer für Verhandlungen eintritt, sollte auch sehr deutlich machen, dass er sich nicht anmaßt, der Regierung Selensky vorzuschreiben, worüber sie zu verhandeln, welche Angebote, oder gar, welche Konzessionen sie machen sollte. Andererseits lagen die meisten der für eventuelle Vereinbarungen zwischen Kiew und Moskau zu klärenden Fragen ja bereits bei der Istanbul-Verhandlungsrunde am 29. März letzten Jahres auf dem Tisch. Hinzu kommen die sehr detaillierten und nützlichen Vorschläge für die Vermittlung und die Überwachung künftiger Vereinbarungen sowie für Sicherheitsgarantien, die im Mai letzten Jahres der Vatikan und die damalige italienische Regierung veröffentlicht hatten.

Wegen der schwerwiegenden Verbrechen, die die russischen Invasionstruppen unter dem politischen Oberbefehlshaber Präsident Putin in der Ukraine begangen haben und weiterhin begehen, lehnt der ukrainische Präsident Selensky Verhandlungen mit Putin kategorisch ab. In dieser Ablehnung wird Selensky bislang noch auch von einer großen Mehrheit der PolitikerInnen, Parteien und Medien in Deutschland unterstützt. Diese Haltung ist zwar emotional sehr gut nachvollziehbar. Aber sie ist eine Verweigerung der Realität, wie zahlreiche Beispiele der Beendigung von Kriegen aus der Vergangenheit zeigen. 1968, nachdem der fast vierjährige völkermörderische Krieg der USA gegen Nordvietnam mit zahlreichen Kriegsverbrechen ihrer GI's an der nordvietnamesischen Zivilbevölkerung bereits über zwei Millionen Einwohner des asiatischen Landes das Leben gekostet hatte und große Regionen des Landes durch Agent Orange vergiftet waren, ließ sich die Regierung in Hanoi dennoch auf Verhandlungen mit der US-Administration, vertreten von Außenminister Henry Kissinger ein. Nach fünf Jahren führten die Verhandlungen 1973 zu einem Abkommen zu Beendigung des Krieges. Ähnliches gilt für die Verhandlungsbereitschaft der bosniakischen Regierung in Sarajevo ab Herbst 1992 mit dem Präsidenten Serbiens, Milosevic sowie den bosnisch-serbischen Nationalisten Karadzic und Mladic, obwohl deren Milizen in Bosnien mit Unterstützung aus Serbien bereits zehntausende Muslime vertrieben, in Konzentrationslager gesperrt, gefoltert und ermordet hatten. Auch diese unter Vermittlung von UNO, EU und den USA geführten Verhandlungen führten erst drei Jahre später zu einem Abkommen, das die Kriege in Bosnien und auch in Kroatien schließlich ganz beendete. Solange oder gar länger könnte es auch im Fall des Ukrainekrieges dauern.

Allerdings: eine Waffenruhe und nachfolgende Verhandlungen über politische Lösungen für zumindest einige der Konfliktpunkte zwischen Moskau und Kiew wird es erst geben, wenn andere Akteure ihre Einfluss- und Druckmöglichkeiten gegenüber den beiden unmittelbaren Kriegsparteien wahrnehmen.

Im Fall des Aggressors Russland wären das neben China die großen, bevölkerungsreichen Länder des globalen Südens – darunter Indien, Brasilien, Ägypten, Südafrika und Indonesien –, die besonders von den verschärften Ernährungs- und Energiepreiskrisen sowie weiteren negativen Auswirkungen des Krieges betroffen sind. Es wäre höchste Zeit, dass sich die Regierungschefs dieser Staaten gemeinsam mit UNO-Generalsekretär Antonio Guterres nach Moskau begeben und Präsident Putin klarmachen, dass er diesen Krieg so schnell wie möglich beenden muss. Die Regierung in Peking hätte die größten Einflussmöglichkeiten auf Moskau, wenn sie die wohlverstandenen längerfristigen Eigeninteressen Chinas in den Vordergrund stellen würde: wieder funktionierende internationale Handelslieferketten sowie der Erhalt der wichtigsten Absatzmärkte für chinesische Produkte in Nordamerika und Europa sind für den Exportvizeweltmeister viel wichtiger als ein engeres Bündnis mit Russland als Juniorpartner.

Hilfreich für einen Verhandlungsprozess und etwaige Vereinbarungen wäre ein Signal der US-Regierung an Putin, dass sie ihre seit 2008 erhobene Forderung nach einem NATO-Beitritt der Ukraine aufgibt. Selbst wenn Selensky zu dieser von ihm noch am 29. März letzten Jahres vertretenen Haltung zurückkehren sollte, muss Moskau diese Zusicherung aus Washington erhalten.

Die Regierung in Kiew wäre erst zu einem Waffenstillstand und Verhandlungen bereit, wenn sich ihre westlichen Unterstützstaaten auf ein realistisches Kriegsziel für die ukrainischen Verteidigungstreitkräfte und die dafür erforderlichen Waffen einigen würden. Im besten Fall erreichbar wäre ein militärisches Erschöpfungspatt, das dann tatsächlich zu einer Waffenruhe führt statt zu fortgesetzten verlustreichen Stellungen- und Abnutzungsschlachten wie in Bachmut. Das weitergehende Ziel, Putins Invasionstruppen hinter die Linien vom 24. Februar 2022 zurückzudrängen, ist zwar völkerrechtlich völlig legitim, angesichts der russischen Überlegenheit bei Manpower und vielen Waffensystemen militärisch aber unrealistisch. Das gilt erst Recht für die von Präsident Selensky offiziell per Dekret festgelegten Kriegsziele, den

gesamten Donbas und auch die Krim zurückzuerobern. Solange sich die westlichen Staaten nicht auf ein gemeinsames vielleicht realistisches Ziel einigen, bestärken sie Selensky mit ihren ständig eskalierten Waffenlieferungen in der Illusion, er könne seine mit Sicherheit völlig unrealistischen Ziele militärisch erreichen.

Bislang gibt es zumindest keine öffentlich wahrnehmbaren Anzeichen dafür, dass die genannten Akteure ihre Einflussmöglichkeiten auf die Regierungen in Moskau und Kiew zur Beendigung des Krieges wahrnehmen. Das Ende Februar von der Regierung in Peking veröffentlichte 12-Punkte-Dokument „Position Chinas zur politischen Lösung der Ukraine-Krise“ enthält über allgemeine und unterschiedslos an beide Kriegsparteien gerichtete Appelle zur Deeskalation und für einen Waffenstillstand leider keine konkreten Ansatzpunkte und Vorschläge für Verhandlungen.

Die Regierungen Brasiliens und Indiens machten beim Besuch des deutschen Bundeskanzlers im Februar ihre „neutrale“ Position in dem Krieg in Europa sehr deutlich und erklärten lediglich ihre grundsätzliche Bereitschaft zur „Vermittlung“ zwischen Russland und der Ukraine.

Anlässlich des ersten Kriegsjahrestages am 24. Februar bekräftigten Putin und Selensky aber auch die NATO, US-Präsident Biden und andere westliche Regierungschefs öffentlich ihre unversöhnlichen Positionen. Bleibt nur zu hoffen, dass hinter den Kulissen dieser Positionen längst Gespräche und Verhandlungsinitiativen stattfinden, deren weitere Geheimhaltung eine wesentliche Voraussetzung für ihren Erfolg wäre.

Andreas Zumach, Journalist und Publizist, gilt als Experte für internationale Beziehungen und Konflikte. Von 1988 bis 2020 war er Schweiz- und UN-Korrespondent für die tageszeitung (taz) mit Sitz am europäischen Hauptsitz der Vereinten Nationen in Genf. Als dezidiert Pazifist befasst er sich schwerpunktmäßig mit Sicherheits- und Friedenspolitik, UNO, OSZE, Rüstungskontrolle und Menschenrechten.

Gelingt die Vereinnahmung von rechts bis hinein in die sich spaltende Friedensbewegung? Aufklärung tut hier dringend not!

Ein warnender Kommentar von Claus Kittsteiner

„Kriege gab es schon immer“, ist oft zu hören, „der Mensch ist halt so“. Ob das so stimmt, ist nachlesbar in unseren Geschichtsbüchern und überprüfbar am Verhalten von uns Zeitgenossen.

Frieden scheint bei genauerer Betrachtung der Vergangenheit und Gegenwart nicht die oberste und einzige Zielsetzung von Politik zu sein. Der Begriff Politik beschreibt lediglich die Tatsache, dass unabhängig von politischen Systemen alle Beteiligten versuchen, gegenüber Konkurrenten ihre eigenen Interessen durchzusetzen und abzusichern bzgl. Macht, Einflussphären, ökonomischen Absicherungen und Dominanzen. Wenn möglich auf friedsame Art mit Verhandlungen und Verträgen, Diplomatie genannt, oder, wenn im Konfliktfall zweckdienlicher, mit Waffengewalt. Über den Krieg ab 1914 z.B. heißt es heute unter Historikern „Keiner wollte damals den Krieg, aber keiner hatte was dagegen“ - wohl weil Krieg für die Hauptbeteiligten lukrativer erschien als die Weiterführung des jahrzehntelangen Friedens.

In Kriegen stirbt die Wahrheit zuerst, heißt es. Galt und gilt das auch für Vorkriegszeiten, wäre zu fragen.

Die ab 1933 zunächst heimliche Vorbereitung eines ‚Lebensraumkrieges im Osten‘ war begleitet durch stete offizielle Friedensbeteuerungen der deutschen Regierung. Dies war eine gezielte Taktik, wie der ‚Führer und Reichskanzler‘ es 1938 den von ihm persönlich vorgeladenen 400 Medienverantwortlichen eröffnete mit den Worten „Ich habe jahrelang nur vom Frieden geredet, diese pazifistische Platte hat sich nun abgespielt. Die Presse hat die außenpolitischen Vorgänge so zu beleuchten, dass die innere Stimme des Volkes selbst nach der Gewalt zu schreien beginnt“.

So wie seitens der NS-Regierung gegenüber dem Ausland stets von Frieden und Abrüstung geredet wurde, stellte sie sich nach innen bei Wahlkämpfen bis zur großen Wende 1933 als demokratische, also wählbare Partei dar (1928 3%, 1930 18%, 1933 44%).

Nach erfolgter Machtübergabe an den Führer der NS-Partei 1933 schrieb sein Propagandaminister:

„Wir haben uns demokratischer Mittel nur bedient, um die Macht zu gewinnen und werden unseren Gegnern all die Mittel versagen, die man uns in Zeiten der Opposition zugebilligt hatte.“

Soweit ein kurzer Rückblick in unsere Geschichte zum Thema äußerer und innerer Frieden.

Stories von gestern? Wiederholungen unmöglich?

Wer mit dem Wissen über diesen historischen Hintergrund heute politische Äußerungen aus der AfD-Partei mitverfolgt, u.a. in einem Buch der AfD-Führungsfigur Björn Höcke (AfD) von 2018, kommt ins Zweifeln. Höcke, AfD-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag und Anführer des extrem rechten Flügels der AfD, von der ‚Neuen Rechten‘ und von Alt-Nazis als kommender AfD-Chef mit vielversprechendem Charisma gesehen, sagt und schreibt:

„Vielleicht werde ich auch mal eine interessante politische Person in diesem Lande. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen, dann werden die Schutthalden der Moderne beseitigt. Wir werden leider ein paar Volksteile verlieren, die zu schwach oder nicht willens sind mitzumachen. So fürchte ich, nicht um eine Politik der wohltemperierten Grausamkeit herumzukommen.“ Derartig totalitäre Wunschvorstellungen in die Tat umsetzen zu können, würde allerdings voraussetzen, dass es dieser Partei als parlamentarischer Arm der ‚Neuen Rechten‘ durch die Zuspitzung aktueller und erwartbarer Krisen ähnlich wie nach 1929 mit Hilfe der Wählerschaft gelingt, in Deutschland an die Macht zu kommen.

Wie reagiert das heutige Wahlvolk inklusive Friedens- und Klimabewegung auf derartige für möglich gehaltene Aussichten? Auf europäischer Ebene wirbt Manfred Weber, CSU, als

Sprecher der konservativen EVP im Europäischen Parlament bzgl. der Machtfrage für das Zusammengehen mit der europäischen Rechten als Zukunftsoption. In Deutschland stellt sich zunehmend die Frage, wie lange die ‚Brandmauer‘ der demokratisch ausgerichteten Parteien gegenüber der AfD noch halten wird angesichts der steigenden Prozentzahlen für diese populistische Partei, steigend auch dank der innerhalb der Rechten propagierten Taktik der „Selbstverharmlosung“. Diese Taktik, als ‚einzige Stimme des Volkes‘ und als ‚Kümmererpartei‘ mehr und mehr unzufriedene Wählende nach rechts zu ziehen scheint aufzugehen. Das Fischen in benachbarten Gewässern durch das gezielte Bedienen von dumpfen Gefühlen, Hass, Rassismus, Ausgrenzung, Verschwörungsglauben etc. selbst in gebildeten Kreisen bringt der AfD gegenwärtig bis zu 20% der Wählerstimmen ein. Diese Partei samt ihrem rechtsextremen Umfeld verkauft sich in ihrer Propaganda plakativ als „AfD. Die Friedenspartei“, offenbar mit Erfolg mittels Slogans, die sie aus der Friedensbewegung

adaptiert, parallel zu ihren öffentlichen Hasstiraden als geistige Wegbereiterin u.a. für rechte Gewalttaten.

Da die verschiedenen Szenen mit ihren Themen Migration, Corona, Klima sich z.T. überlappen, gelingt deren Vereinigung von rechts bis hinein in die sich spaltende Friedensbewegung. Aufklärung tut hier not!

Vielleicht hilft Friedensbewegten und Anderen mit ihrer Sehnsucht nach Frieden und Freiheit neben der kritischen Beobachtung aktueller Entwicklungen ein vertiefender Blick in die erwähnten Texte und auch ein Rückblick in das oben zitierte damalige politische Umfeld unserer Großeltern, um ähnliche gegen den inneren und äußeren Frieden gerichtete politische Entwicklungen zu erkennen und mit zu verhindern.

Claus Kittsteiner, Historiker, ist seit 1980 in der Friedensbewegung aktiv und ein engagiertes Mitglied der Friedensregion Bodensee.

Feministische und Wertebasierte Außenpolitik: eine Kritik aus friedenslogisch-pazifistischer Perspektive

von Brigitte L. Ehrlich

1 Was ist feministische und wertebasierte Außenpolitik?

Eine Woche vor dem internationalen Frauentag veröffentlichte am 1. März 2023 das Auswärtige Amt Leitlinien feministischer Außenpolitik. Nach Schweden, Kanada, Frankreich, Luxemburg, Mexiko, Spanien, Chile und Libyen orientiert nun auch die Bundesregierung ihre Außenpolitik an feministischen Kriterien. Was beinhaltet feministische Außenpolitik?

1.1 Feministische Außenpolitik

Feministische Außenpolitik kritisiert patriarchalische Strukturen in der internationalen Politik, exklusive Entscheidungsprozesse und - zumindest ausschließlich – militärische Mittel zur Konfliktbearbeitung. Sie priorisiert menschliche vor staatlicher Sicherheit und fördert eine weltweite Gleichstellung der Geschlechter, was auch Personen mit einer LGBTQI*-Identität einschließt. Die Leitlinien feministischer Außenpolitik des Auswärtigen Amtes formulieren ihre Ziele in vier Bereichen:

- **Rechte:** rechtliche und faktische Gleichstellung der Geschlechter

- **Repräsentanz:** gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Gesellschaftsbereichen und gleiche Repräsentanz von Frauen und marginalisierten Gruppen in der Außenpolitik
- **Ressourcen:** gleicher Zugang für Frauen und marginalisierte Gruppen zu finanziellen, personellen, natürlichen und immateriellen Ressourcen wie Bildung und Netzwerken. 85% der Projektmittel sollen gendersensibel und 8% gendertransformativ ausgegeben werden.
- **Diversität:** Repräsentation und Ressourcen für alle marginalisierten Gruppen

Mittel zur Zielerreichung sind Gender-Mainstreaming – die Verpflichtung, bei allen Entscheidungen die unterschiedlichen Auswirkungen auf Männer und Frauen in den Blick zu nehmen - und Gender-Budgeting – die geschlechtergerechte Verteilung von Ressourcen. Im Auswärtigen Amt soll ein „feministischer Reflex“ etabliert werden¹.

¹ Leitlinien zur Feministischen Außenpolitik. Auswärtiges Amt 1.3.2023 S.4

1.2 Wertebasierte Außenpolitik und westliche Wertegemeinschaft

Feministische Außenpolitik ist essentieller Teil einer wertebasierten Außenpolitik. Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, liberale Demokratie und Vielfalt wurden vom ehemaligen Außenminister Heiko Maas mit einer wertebasierten Außenpolitik in Verbindung gebracht. Meist wird aber nicht explizit thematisiert, an welchen Werten man eine wertbasierte Außenpolitik ausrichten möchte und welche Werte in welcher Priorisierung eine „westliche Wertegemeinschaft“ vertritt.

2 Kritik der Feministischen Außenpolitik aus friedenslogischer Perspektive

2.1 Neoliberaler Feminismus als exkludierende, konfliktverschärfende Staatsideologie

Die Verwirklichung der drei „R“ feministischer Außenpolitik ist zu begrüßen. Die gleiche Repräsentation von Frauen in friedensrelevanten Politikbereichen kann jedoch keine Friedenspolitik garantieren, denn die Kategorie Geschlecht ist eng mit der jeweiligen Klassen- und Interessenlage verknüpft. Davon zeugen bellizistische Politikerinnen wie die FDP-Abgeordnete Strack-Zimmermann oder Außenministerin Annalena Baerbock. Auch sind die feministischen Konzepte, auf die sich dieser Artikel bezieht, von einer neoliberal-säkularen Ideologie durchtränkt, die gesellschaftlich weder konsensfähig noch hinreichend lebens- und friedensförderlich ist. Dies soll im Folgenden begründet werden.

Es ist auffällig, dass sowohl in Kristina Lunz' *Buch Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch*² als auch im *Friedensgutachten 2022*, das der feministischen Außenpolitik ein eigenes Kapitel widmet, sowie in den Leitlinien des Außenministeriums das Wort Mutter kein einziges Mal vorkommt, obwohl Mütter und ihre Kinder unter allen Formen des Unfriedens in ganz besonderer Weise leiden. Das Wort Mutter scheint den Autor*innen ein Ekelbegriff zu sein, der einem rechtsextremen Sumpf entwächst. Um so häufiger ist der Begriff LGBTQI* zu lesen – im Leitfaden des Auswärtigen Amtes meist unter der Chiffre „marginalisierte Gruppen“. Die öffentliche Sichtbarkeit diverser sexueller Orientierungen wird zusammen mit dem „Menschenrecht“ auf ungehinderten Zugang zu legalem „Schwangerschaftsabbruch“ (Lunz S. 280) zum Prüfstein liberaler Demokratie und feministischer Außenpolitik. Zeichen hierfür war die One-Love-Armbinde, die die Bundesinnen-

ministerin Nancy Faeser in ärmellosem Top bei der Fußball-WM in Katar – einem konservativ-muslimischem Land - trug. Auch der neuerliche Vorstoß von Familienministerin Lisa Paus zur vollständigen Abschaffung des Paragraphen 218 – einer weisen wie zukunftsweisenden konfliktmindernden Problemlösung -gefährdet den innergesellschaftlichen Frieden und stellt eine zentrale ethische Norm – das Recht auf Leben – in Frage. Die derzeitige Mitgliedschaft der Bundesregierung im Pro-Abtreibungsnetzwerk SheDecides kann Bürger*innen genauso in einen Gewissenskonflikt bringen wie der Zwang zur Mitfinanzierung des Krieges in der Ukraine und des Aufrüstungswahnsinns über Steuergelder.

Die gegenwärtige Aggressivität und Konfliktunfähigkeit im öffentlichen Diskurs machen sich auch in der sog. Wertebasierten Außenpolitik bemerkbar. In völliger Blindheit für die eigenen Menschenrechtsverletzungen, Völkerrechtsbrüche und Demokratiedefizite wird nun die restliche Welt belehrt und Empörung geschürt. Die Werte, denen der Werte-Westen zu folgen vorgibt, bleiben dabei weitgehend im Dunkeln. Wie bereits oben dargelegt scheint es vornehmlich um individuelle Selbstbestimmungs- und Freiheitsrechte zu gehen, aber auch - vor allem im angelsächsischen Raum - um ökonomisch-privatwirtschaftliche Freiheiten wie Freihandel und ungehinderter Zugang zu Ressourcen. Von den Menschenrechten auf würdige und auskömmliche Arbeit, Frieden und einem Leben in einer intakten Natur habe ich in den Leitlinien zur feministischen Außenpolitik nichts gelesen. Die repräsentative Demokratie westlichen Zuschnitts wird angesichts von Lobbyismus und Dominanz der höchst undemokratisch organisierten kapitalistischen Wirtschaftssphäre zunehmend fragwürdig. Trotzdem gilt sie als letzter Maßstab, an dem sich alle anderen Staaten ausrichten haben. Ein reflexiver Wertediskurs fehlt. Werte stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander: Freiheitsrechte müssen ausbalanciert werden durch soziale Verantwortung und Rücksichtnahme, Beziehungen zwischen Gruppen und Staaten können nicht rigide-dogmatisch vertretenen Einzelwerten unterworfen werden, sondern haben sich vor allem am Friedensgebot auszurichten, wie es auch im GG §26 festgelegt ist.

Das trifft um so mehr in einer Welt zu, die von Atomwaffen und der Klimakatastrophe bedroht ist. Regime waren historisch nie von dauerhaftem Bestand, und Grenzen lassen sich immer noch später neu verhandeln. Der Weltfrieden und die sich anbahnende Klimakatastrophe dulden keine Minute Aufschub, wenn das Leben auf der Erde auch für zukünftige

² Lunz, Kristina (2022). *Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch*. Berlin: Econ

Generationen bewahrt werden soll. Außenministerin Annalena Baerbock meint, „dass im Angesicht brutaler Gewalt Menschenleben auch mit militärischen Mitteln geschützt werden müssen. Deshalb ist feministische Außenpolitik nicht gleichbedeutend mit Pazifismus“ (Leitlinien S. 13). Aus diesem Zitat spricht ein irrational-naiver Glaube an die Wirksamkeit von Gewalt, der durch die Realität längst widerlegt ist. Es ist eine zutiefst patriarchale Denkfigur, die Gewalt und Waffen mit Maskulinität und Stärke assoziiert, Gewaltfreiheit und Gesprächsbereitschaft jedoch mit angeblich weiblicher Schwäche. Das Gegenteil ist der Fall. Feministische Außenpolitik kann nur eine pazifistische sein!

2.2 Konfrontative Intoleranz und Konfliktverschärfung im Kleid von Liberalität und Toleranz

In Deutschland breitet sich aggressive Intoleranz im Namen von Liberalität und Toleranz aus. Kristina Lunz würfelt als „antifeministische Akteur*innen“ (S. 235) die katholische Kirche, Rechtspopulisten und rechte Think Tanks, Journalist*innen der WELT und FAZ und die AfD zusammen. Sie alle teilen menschenrechtsfeindliche Einstellungen, verbreiteten Desinformation und verfolgten eine „verachtenswerte Strategie“ (S. 247), wenn sie Mittel anders zu lozieren wünschen. Das von den Grünen Ralf Fücks und Marieluise Beck gegründete stramm transatlantische *Zentrum Liberale Moderne* verbreitet nicht nur aggressiven Bellizismus, sondern erstellt auch „Gegneranalysen“, die auf freie Internetmedien wie die *Nachdenkseiten* mit traditional sozialdemokratischer Ausrichtung zielen. Seit 2018 wurde das Zentrum mit 4.472.572,56 Euro von verschiedenen staatlichen Stellen gefördert. Bundesfamilienministerin Lisa Paus fördert mit 133 000€ die „Meldestelle Antifeminismus“ der Amadeu-Antonio-Stiftung³, bei der sexistische, frauen- und queerefeindliche Äußerungen und Taten anonym gemeldet werden können.

Die Leitlinien zur feministischen Außenpolitik wollen queeres Leben im Deutschland fördern (S.61), aber auch in der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik soll LGBTQI* sichtbarer werden (S.44). Deutsche Botschaften unterstützen entsprechende Projekte (S.45). Diese Propagierung westlich-liberaler Werte kann als erneuter Kulturimperialismus des Westens empfunden werden. Schon vor Jahren kam es vor der Deutschen Botschaft in Jakarta wegen einer von der Botschaft organisierten Filmvorführung zu gewaltförmigen Tumulten. Derartige Ereignisse stärken islamistische oder rechte Kräfte. In ideologischer Nähe zum US-amerikanischen Exzeptiona-

lismus sucht diese wertebasierte Außenpolitik widerständigen Staaten mit einer Sanktionsflut zu begegnen. Diese Sanktionen sind nicht nur nachweislich wirkungslos hinsichtlich der angestrebten Ziele. Sie erzeugen kontraproduktive Reaktanz und üben Gewalt aus, die alles andere als harmlos ist. Durch die gegen den Irak verhängten westlichen Sanktionen starben ca. 500 000 Kinder unter fünf Jahren.

2.3 Doppelmoral und Heuchelei

Zustimmung zu LGBTQI*-Rechten, das Recht auf ungehinderten Schwangerschaftsabbruch, die Verurteilung des „völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands“ und die Anerkennung des militärisch verstandenen Verteidigungsrechtes der Ukraine gelten als Kriterien für eine profeministische, menschenrechtsfreundliche und völkerrechtskonforme Einstellung. Die völkerrechtswidrigen Angriffskriege der NATO, Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen der EU, in den USA wie in der Ukraine werden systematisch ausgeblendet. Auch Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht, und Krieg ist die größtdenkbare Menschenrechtsverletzung und ein Verbrechen auch an Frauen und Müttern. Der völkerrechtswidrige Krieg der NATO in Afghanistan diente nicht der Befreiung der Frauen, sondern geopolitischen Hegemonialinteressen der USA. Auch im Iran unterstützt der Westen nur vorgeblich feministische Proteste, tatsächlich betreibt er ökonomisch-hegemonial motivierten Regime Change. Taliban wie IS wurden von den USA hochfinanziert zur Destabilisierung ganzer Regionen.

Die Doppelbödigkeit dieser vorgeblich feministischen Außenpolitik wird besonders im globalen Süden sichtbar. Gerne schreibt man in Deutschland Antirassismus und Postkolonialismus auf seine Fahnen. Gleichzeitig basiert die „Green Economy“ der Bundesregierung auf einer systematischen Ausbeutung der Länder des globalen Südens: Die gleiche landraubende Agro- und Bergbauindustrie, die Indigene vertriebt, Menschen vergiftet, die natürliche Mitwelt zerstört und die Klimaerhitzung befeuert ist die Basis für unsere Elektromobilität, Energiewende und industrielle Innovation. Weiterhin treiben Agrarsubventionen der EU Kleinbäuerinnen in Afrika in den Ruin, landen auf abgeholzten Regenwaldflächen angebaute Futtermittel in den Trögen europäischer Massentierhaltung. Die feministische Außenpolitik des Auswärtigen Amtes betreibt Symbol- und Identitätspolitik, die die Ursachen der Frauen- und Lebensfeindlichkeit – Kapitalismus, Neokolonialismus und Naturzerstörung - nicht angeht sondern verschärft.

³ <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/meldestelle-antifeminismus/>

2.4 Neoliberaler Feminismus als systemstabilisierendes politisches Programm

„Ökonomen sehen ein globales Wachstum von 26% in drei Jahren, wenn Frauen weltweit gleichberechtigt am Arbeitsmarkt teilhätten.“ Und „feministische Außenpolitik ist in unserem Sicherheitsinteresse, in unserem ökonomischen Interesse“⁴ – so Frau Baerbock. Davon abgesehen, dass eben dieses erhoffte Wachstum uns noch schneller in den ökologischen Kollaps führt – es gibt kein weiteres naturverträgliches Gesamt-Wachstum -, verdeutlicht dieses Zitat, worum es dem liberalen Feminismus geht: um Systemstabilisierung. Zur Behebung des Fachkräftemangels und als Wachstumsmotor sollen auch Mütter kleiner Kinder in die Erwerbsarbeit gezwungen werden. Mittel hierzu sind Niedriglöhne, die beide Elternteile zur Vollzeit-Erwerbsarbeit nötigen, sozialer Druck und eine neoliberale Emanzipationsideologie, die abhängige Lohnarbeit als Freiheitsversprechen verkauft. Sorge-, Subsistenz- und Eigenarbeit bleiben unsichtbar und werden als Arbeit weder anerkannt noch wertgeschätzt und gefördert. Sie sollen mittels Selbstmanagement wegrationalisiert oder outgesourct werden. Davon profitieren nicht nur die Lebensmittelindustrie und der Sektor haushaltsnaher Dienstleistungen, sondern auch die Pharmaindustrie: Angesichts der rapiden Zunahme psychischer Erkrankungen schnellen die Absatzmarken von Psychopharmaka in die Höhe.

Wenn alle im Hamsterrad kapitalistischer Erwerbsarbeit gefangen sind, bleibt keine Zeit mehr für Protest gegen Hochrüstung, Atomwaffen, Naturzerstörung, Neokolonialismus, steigende ökonomische Ungleichheit, Sozialabbau und Demokratieverlust. Selbstbestimmung bleibt auf die sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität beschränkt. Wenn

⁴ Rede von Außenministerin Annalena Baerbock zur Vorstellung der Leitlinien zur Feministischen Außenpolitik am 1. März 2023 S.2

sich die Zivilgesellschaft über Gender-Sternchen, die Gestaltung von Pride-Monaten, Identitäts- und Symbolpolitiken aller Art ereifert, bleibt Protestpotential gebunden.

3 Differenzsensibler Universalismus als Alternative zu Identitätspolitiken

Es wird höchste Zeit, einen Diskurs über Werte zu beginnen. Wenn Werte auf einer niedrigen Abstraktionsebene als Normen material gefüllt werden, lassen sich Konflikte kaum bearbeiten. Dann wirkt eine feministisch-wertebasierte Außenpolitik konfrontationsverschärfend und konflikteskalierend. Kommen noch Sanktionsregime hinzu, ist der Weg in den Krieg nicht mehr weit. Konflikttransformation schaut deshalb weniger auf Normen als auf die *Interessen und Bedürfnisse aller* Parteien: Was ist unser berechtigtes Eigeninteresse und das der anderen?

Gehen wir eine Stufe tiefer zu den Bedürfnissen, stellen wir fest, dass wir alle die gleichen Bedürfnisse haben: Wir wollen leben, uns wohlfühlen und ein klein bisschen Glück empfinden, die Anerkennung und Solidarität einer Gemeinschaft erfahren und Sinn, Selbstwirksamkeit und Freiheit erleben. Aus diesen Bedürfnissen lassen sich zentrale Aufgaben der Politik ableiten: Sie hat für gesellschaftliche Integration sowie für soziale und ökonomische Anerkennungsverhältnisse für alle zu sorgen, ohne Menschen in partikuläre Identitäten einzusperren. Dabei muss sie doch differenzsensibel bleiben. Politik hat ihr Handeln an lediglich zwei universalen Leitwerten auszurichten, die die Erfüllung dieser Bedürfnisse schützen: Ehrfurcht vor dem Leben in *allen* seinen Erscheinungsformen und positiv verstandener Frieden. Dies beinhaltet ein absolutes Kriegs- und Tötungsverbot, den Schutz der Natur und des Klimas und die Fürsorge für unterschiedslos alle Menschen und Lebewesen. Damit wären auch feministische Werte zentral erfüllt.

Ulm – Militärstadt oder Friedensstadt?

von Rainer Schmid

Jeder kennt das Ulmer Münster. Aber wer kennt die Ulmer Rüstungsfirmen und militärischen Einrichtungen?

Besonders stolz ist die Bundeswehr auf das NATO-Hauptquartier JSEC. Aussprache: „Tschej-seck“. Die Abkürzung steht für „Joint Support and Enabling Command“, auf Deutsch: „Gemeinsames Unterstützungs- und Ermöglichungs-Kommando“.

Das JSEC organisiert den Transport von Soldaten, Waffen und Munition quer durch Europa. Denn Militär-Kolonnen brauchen geeignete Straßen, Brücken, Tankstellen, Raststätten, Reparaturteams, eine polizeiliche Absicherung und möglichst wenig Grenzkontrollen. Das JSEC organisiert auch die Transporte, die per Eisenbahn, per Schiff oder per Flugzeug durchgeführt werden. Derzeit hilft das JSEC, Waffen an die NATO-Ostflanke zu transportieren.

In Ulm gibt es weitere militärische Einrichtungen: die Militärpolizei, das Militärmusikkorps, das Bundeswehrkrankenhaus, die Bundeswehr-Fahrschule, die Außenstelle des Beschaffungsamtes und das Karriere-Center der Bundeswehr. Alle diese Einrichtungen sind Bestandteile der großen „Militärmaschine Bundeswehr“. Das gilt auch für die Ulmer Militärpfarrämter. Sie werden zu 100% vom Militär organisiert und bezahlt. Ihre Aufgabe ist es, die Moral der Truppe zu stärken.

Zahlreiche Kriegerdenkmäler zeugen von der militaristischen Vergangenheit der Stadt. Diese Vergangenheit wird zu wenig

aufgearbeitet. Deshalb wiederholt sich die Geschichte. Mitgetragen werden die militärischen Einrichtungen durch das Wohlwollen der Ulmer Stadtverwaltung, der Kirchen, der IG-Metall, der Lokalpresse, der Schulen und der Universität. Kritik wird höchstens im kleinen Kreis geäußert.

Nun aber zur Rüstungsindustrie. Wenn man vom Hauptbahnhof Ulm 1,5 Kilometer in südwestlicher Richtung geht, kommt man zu einem ehemaligen Kasernengelände. Nach dem Zweiten Weltkrieg siedelte sich dort die Firma Telefunken AG an. Aus dieser Firma – und in deren Umfeld – entstanden mehrere Firmen, ein Cluster für die zivile und militärische Nutzung elektromagnetischer Wellen. Zu diesem Cluster gehören heute 10 Firmen: Airbus Defence and Space, Hensoldt, Thales, MBDA, AIM, Adlon Intelligent Solutions, Sphera, Dainox, Steep und auf der anderen Seite der Stadt Telefunken Racoms – dahinter verbirgt sich Elbit.

Es geht im Wesentlichen um Radar-Anlagen und Infrarot-Sensoren. Diese dienen der Zielerfassung. Außerdem finden Lenkraketen durch diese Elektronik ihre Ziele. An die Opfer dieser Lenkbomben – zum Beispiel im Jemen – denkt fast niemand.

Es gibt in der Region Ulm 4 weitere Rüstungsfirmen: IVECO (defence vehicles), KAMAG, Wieland und Carl Walther - dahinter verbirgt sich Umarex.

In Ulm fließt viel Geld und Kreativität in die Entwicklung von Waffen. Was wäre, wenn man stattdessen Friedens-Kompetenzen entwickeln würde? Kann man eine Rüstungs- und Militärstadt in eine Friedensstadt verwandeln? Ein Vorschlag: die Gründung eines „Ulmer Zentrums für Friedens- und Konfliktforschung“ oder einer „Werkstatt für gewaltfreie Verteidigung“.

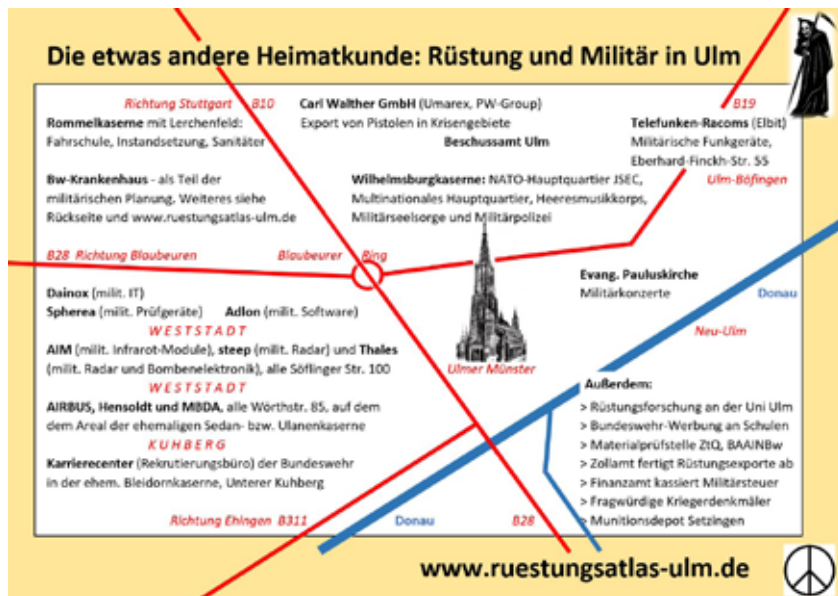
Weitere Informationen:

www.ruestungsatlas-ulm.de

Kontakt zur Ulmer Friedensbewegung:

kontakt@ruestungsatlas-ulm.de

Rainer Schmid, Friedensaktivist und Mitinitiator von Keine Waffen vom Bodensee und Friedensregion Bodensee, war von 2007 bis 2013 Pfarrer in Friedrichshafen. Derzeit ist er Religionslehrer in Ulm und Blaustein.



Unsere Ausstellung FRIEDENSKLIMA! 17 Ziele für Gerechtigkeit und Frieden auf der Bundesgartenschau in Mannheim

Der Förderverein für Frieden, Abrüstung und internationale Zusammenarbeit präsentiert vom 14. April bis 8. Oktober 2023 auf der Bundesgartenschau 2023 (BUGA) in Mannheim gemeinsam mit der DFG-VK Mannheim und dem Friedensbündnis Mannheim unsere Ausstellung zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen mit dem Schwerpunkt Ziel 16 Frieden. Wir freuen uns über diesen Erfolg, nachdem die Ausstellung seit der Gartenschau 2021 in Lindau in verschiedenen Versionen bereits an über 30 Orten und Veranstaltungen gezeigt wurde. Sie wurde 2022 mit dem Schöpfungspreis des Bistum Augsburg ausgezeichnet.

Frieden ist die Grundlage unserer Zukunft. Die Zusammenhänge zwischen Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Frieden sind wenig bekannt: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frie-

den ist alles nichts“ machte bereits 1981 Willy Brandt deutlich. Darauf soll in dem umfangreichen Rahmenprogramm bis Herbst in zahlreichen Veranstaltungen in Mannheim und auf dem Gelände der Gartenschau eingegangen werden. Die Friedensregion war mit 2 Beiträgen zu Nachhaltigkeit und Abrüstung/Konversion beteiligt. Die Gartenschau befindet sich übrigens auf einem Konversionsgelände der US-Army, teilweise bereits mit Wohnquartieren bebaut und als Park genutzt.

Informationen: <https://frieden-mannheim.de/buga23/> und <https://friedensbuenndnis-mannheim.de/>

Anfragen zum Ausleihen oder zur Reproduktion der Ausstellung bitte an info@friedensregion-bodensee.de



Einladung zur Mitgliederversammlung 2023 des Vereins Friedensregion Bodensee e.V. (FRB)

am Montag, 12. Juni 2023, 18 Uhr in Überlingen
Paul-Gerhardt-Haus, Jasminweg 19

Tagesordnung

1. Begrüßung durch den Vorstand
2. Feststellung Einladung und der stimmberechtigten Teilnehmer*innen,
Beschluss Tagesordnung und des Abstimmungsmodus
3. Jahresbericht 2022 des Vorstands
4. Bericht des Schatzmeisters und der Kassenprüferinnen
5. Aussprache zu den Berichten und Entlastung des Vorstands
6. Satzungsänderung: Vorstellen und Beschlussfassung
7. Neuwahlen: Wahl des Wahlleiters,
Vorstellung der Kandidat*innen,
Wahl des Vorstands
8. Der neue Vorstand – Perspektive 2023/2024
9. Anträge
10. Verschiedenes

Im Anschluss: Die Friedensregion feiert ihr 4-jähriges Bestehen am 13. Juni.

für den Vorstand : Frieder Fahrbach und Bernd Wipper



Liebe Mitglieder der Friedensregion Bodensee,

wir möchten hier nochmals herzlich zur diesjährigen Mitgliederversammlung einladen.

Neben Satzungsänderungen, die in der Hauptsache eine flachere Vorstandsstruktur zum Ziel haben („Teamvorstand“) und einigen redaktionellen Schärfungen der Satzung (auf der Homepage unter Aktuelles einzusehen) ist nach 4 Jahren der Vorstand neu zu wählen.

Wir freuen uns auf euer Kommen!

Überlinger Friedenstage 27.-28. Oktober 2023

(Überlingen, Gemeindesaal Grabenstr. 2 an der Uferpromenade)

Endspiel Kapitalismus: Wie Privat- und Wirtschaftsinteressen Frieden, Demokratie und Mitwelt gefährden, und wie aus der Krise Neues entstehen kann

Kriege sind immer die Kriege der herrschenden Klasse. Die arbeitende Bevölkerung hat kein Interesse an Kriegen: Die Menschen möchten ihr kleines Lebensglück aufbauen oder bewahren und nicht in die Hölle des Krieges geschickt werden. Um Kriegsbereitschaft herzustellen, braucht es drei Zutaten: ein Feindbild samt einer von diesem Feind ausgehenden vitalen Bedrohung, Empörung über etwas Abgrundböses und ein Gefühl kollektiver Selbstwirksamkeit. Ideologien, Medienpropaganda und Information Warfare sind die Kochtöpfe, in denen diese Zutaten gegart werden. Gerade in Demokratien ist der Informationskrieg von zentraler Bedeutung, und Regierungen investieren dafür Milliarden. Die in diesem Informationskrieg propagierten Kriegsgründe stimmen so gut wie nie mit den tatsächlichen Motiven und Zielen der jeweiligen Kriegsherren überein. Es geht um Macht und Geld der Herrschenden, um Ablenkung von innenpolitischen Problemen und Konflikten, und im Kapitalismus ist Krieg ein probates Mittel zum Management von Überproduktions- und Finanzkrisen. „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“ (Jean Jaurès).

Die **Überlinger Friedenstage** wollen dazu beitragen, die Ursachen von Krieg und Unfrieden offenzulegen. Dieses Jahr konnten wir – die *Friedensregion Bodensee e. V.*, *AWC Deutschland e. V.* - *Weltbürgerinnen* und *Weltbürger* und *Friedenskonzepte* - einen der bedeutendsten deutschsprachigen Soziologen **Prof. Dr. Klaus Dörre** (Universität Jena) als Hauptreferenten gewinnen (Freitag, 27. Oktober 19:30 Uhr). Er wird über die „neue Landnahme“, die Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus und über die ökonomisch-ökologische Zangenkrise sprechen: Moderne kapitalistische Gesellschaften erhalten ihre Integrationsfähigkeit aus einer gewissen Teilhabe der Massen am allgemeinen Wohlstand, der durch Wirtschaftswachstum generiert wird. Die Klimakrise und die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen gestatten jedoch kein weiteres Wachstum. Da seitens der Politik keinerlei Anstrengungen unter-

nommen werden, den Kapitalismus mit seinem inhärenten Wachstumszwang durch eine Postwachstumsökonomie („Degrowth by Design“) abzulösen, droht ein „Degrowth by Disaster“, ein katastrophenförmiger wirtschaftlicher Niedergang, der Konflikte und Kriege befeuert und autoritäre, rechtsgerichtete Kräfte auf den Plan ruft. Klaus Dörre plädiert für eine sozialistische Nachhaltigkeitsrevolution. **Bernhard Trautvetter** (Samstag Vormittag, 28. Oktober) wird die Folgen von Kriegen auf Natur und Klima benennen, die die ökologischen Krisen weiter intensivieren, und über die Gefahren der Digitalisierung von Militär und Krieg sprechen. Ein **Gesellschaftspsychologe / eine Gesellschaftspsychologin (Universität Marburg: N.N.)** wird uns mit Erkenntnissen unterstützen, wie eine Friedens- und Ökologiebewegung mobilisiert werden kann, die die Politik unter Handlungsdruck zu setzen vermag, endlich eine aktive Abrüstungs- und Friedenspolitik zu betreiben und die Transformation hin zu einer Postwachstumsökonomie in die Wege zu leiten. **Aeham Ahmad** („Der Pianist aus den Trümmern“) wird mit einem Friedenskonzert „Und die Vögel werden singen“ am Samstag Abend (28. Oktober 19:30 Uhr) unsere Tagung abrunden. Sie sind herzlich eingeladen!

Tagungsanmeldung bei dialog@friedenskonzepte.de

Literatur zum Tagungsthema:

Klaus Dörre (2022): *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution*. Berlin: MSB Matthes & Seitz

K. Dörre, S. Lessenich & H. Rosa (2022/2009). *Soziologie Kapitalismus Kritik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

B. Kern (2019). *Das Märchen vom grünen Wachstum*. Zürich: Rotpunktverlag

M. Schmelzer & A. Vetter (2019). *Degrowth / Postwachstum zur Einführung*. Hamburg: Junius

M. Schmelzer, A. Vetter & A. Vansintjan (2022). *The Future is Degrowth. A Guide to a World beyond capitalism*. London: Verso

Vivienne Waldrapps Vogelperspektive:

Chrup-Chrup und westliche Werte

von Jürgen Dornis

Auch für uns wird es schwierig, Freunde. Vielleicht war das doch keine so gute Idee, uns in Mitteleuropa wieder anzusiedeln. In unserem schönen Sommerquartier bleibt es immer länger auch schön warm – und wenn die Temperatur dann endlich zum Fliegen mahnt, stimmt die Thermik nicht mehr für die Alpenüberquerung. Ihr habt das ja gut erkannt und wollt uns jetzt nach Spanien lotsen. Keine Alpen unterwegs, aber der Weg ist dreimal so lang. Vielleicht bleiben wir dann doch lieber dort. Aber ob wir im Sommer genug Wasser finden? Das wird ja für Eure Tomaten, Erdbeeren, Orangen, usw. aufgebraucht. Jedenfalls macht Ihr euch ja fast mehr Gedanken um unser Überleben als um Euer eigenes. Wahrscheinlich liegt das ja an unserem Seltenheitswert: Wir waren ganz akut vom Aussterben bedroht, und auf der Roten Liste sind wir immer noch. Von Eurer Sorte hingegen gibt's über 8 Milliarden, da kommt es nach Eurer Logik auf ein paar Millionen weniger wohl auch weniger an. Wenn Ihr Euch da bloß nicht verkalkuliert, irren ist...

Oder liegt Eure Sympathie an unserem punkigen Aussehen? Oder gar an unserer friedlichen Art? Da könntet Ihr nun wirklich von uns lernen. Beim Nestbau machen beide Elternteile mit und natürlich auch bei der Aufzucht des Nachwuchses. Und beim Füttern beteiligt sich die ganze Kolonie, da halten wir schon zusammen. Aber Heilige sind wir auch nicht, die Männer zoffen sich schon mal ums Nistmaterial und gehen mit ihren Schnäbeln aufeinander los, aber verletzt wird bei diesen Kommentkämpfen niemand - oder gar getötet. Wir sind doch schließlich keine Menschen! Kennt Ihr unser Begrüßungsritual? Männchen

und Weibchen werfen den Kopf mit aufgestelltem Schopf in den Nacken und verbeugen sich dann unter lauten *Chrup-Chrup*-Rufen voreinander. Dabei wird dem Gegenüber die individuelle Kopfzeichnung präsentiert. Dieses Verneigungsritual wird mehrfach wiederholt. Das Grüßen eines Pärchens löst in der gesamten Waldrapp-Kolonie das Grußritual aus, jedeR verbeugt sich vor allen, so respektvoll gehen wir miteinander um. Und für gute Laune sorgt *Chrup-Chrup* jedes Mal.

Das könntet Ihr doch auf euren *Schlachtfeldern* einführen. Ja meint Ihr wirklich, Ihr seid die Krone der Schöpfung, wenn Ihr euch gegenseitig abschlachtet? Ganz ohne Tötungshemmung, das ist doch ein evolutionärer Defekt. Ihr wetteifert, welche Seite die meisten *Feinde* abgeschlachtet hat. An den Zahlen geilt Ihr euch auf. 100.000 Ukrainer, 150.000 Russen, wer hat die besseren Killer? Menschenkinder, das ist doch kein Videospiel, die sterben in echt und meistens ziemlich qualvoll! Und dafür erklärt Ihr sie dann zu Helden, gestorben fürs Vaterland oder für die *Werte des Westens*, die ja gerade im Krieg immer mehr ausgehöhlt werden bis nichts mehr davon übrigbleibt als *Guantanamo Bay* und Julian Assange im Hochsicherheitsgefängnis *Belmarsh*. Wobei andere Werte ja durchaus ansteigen, etwa der *Börsenwert* von Rüstungsaktien oder der US-Investmentgesellschaft *BlackRock*, die schon mal kräftig in den Wiederaufbau der Ukraine investiert. Über 2 Millionen Hektar Land sollen schon ausländischen Investoren gehören, mehr als die Hälfte der Größe von *The Länd* (Baden-Württemberg), Tendenz rasant steigend. Und die In-



Im Alten Ägypten galt der Waldrapp als Lichtbringer und Verkörperung des menschlichen Geistes – in Deutschland und weiten Teilen Europas hingegen als Delikatesse; er wurde während des 30jährigen Krieges ausgerottet. Erst in unserem Jahrhundert begann seine Wiederansiedlung in Europa, seit 2017 auch in Heiligenberg und Überlingen. Die Waldrappdame Vivienne ist das Maskottchen unseres Vereins und bereichert unseren Newsletter mittlerweile doch recht regelmäßig mit ihrer Kolumne.

vestoren-Plattform *Germany Trade and Invest GTAI* analysiert: *Mangan, Nickel, Kobalt und Lithium - bei vielen Rohstoffen verfügt die Ukraine über bedeutende Vorkommen. Dies gilt auch für seltene Erden. Dank ihrer geografischen Nähe könnte die Schwarzmeer-Republik zu einem wichtigen Lieferanten der Europäischen Union werden, darunter für moderne Industriezweige wie die Elektronik und Elektromobilität... Nicht umsonst hatte die EU 2021 eine strategische Rohstoffpartnerschaft mit der Ukraine geschlossen. Denn bei 22 der 30 von der EU als kritisch eingestuften Rohstoffe verfügt die Ukraine über Vorkommen.*

Ja, so betrachtet kämpft der tapfere ukrainische Soldat dann doch für Eure westlichen Werte....

Noch 8 Wochen bis zum EARTH-Overshoot Day 2023

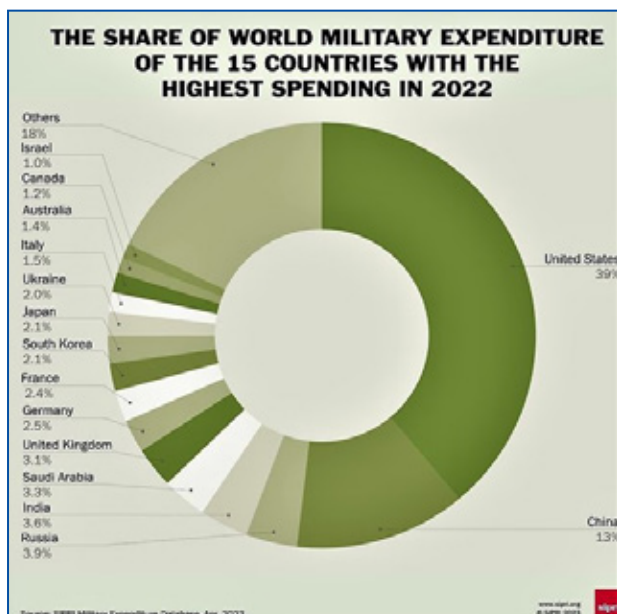
Der **globale Erdüberlastungstag** fällt in diesem Jahr auf den 28. Juli. An diesem Tag hat die Menschheit alle Ressourcen verbraucht, die ihr für das gesamte Jahr zur Verfügung stehen würden – denn für die natürliche Erneuerung dessen, was die Menschheit seit Jahresbeginn bis heute verbraucht hat, benötigen die Ökosysteme ein ganzes Jahr.

Um ihren Ressourcenbedarf nachhaltig zu decken, bräuchte die Weltbevölkerung rechnerisch rund 1,75 Planeten. Würden alle Länder so haushalten wie Deutschland, wären gar 3 Erden nötig. Bei einer Lebensweise wie in China bräuchte die Weltbevölkerung 2,4 Erden; würden alle Menschen so wirtschaften wie in den USA bräuchten sie 5,1 Erden.

Das Global Footprint Network berechnet jedes Jahr den Tag, an dem die Erdüberlastung erreicht ist. Dabei werden zwei rechnerische Größen gegenüber gestellt: zum einen die biologische Kapazität der Erde zum Aufbau von Ressourcen sowie zur Aufnahme von Müll und Emissionen, zum anderen der Bedarf an Wäldern, Flächen, Wasser, Ackerland und Fischgründen, den die Menschen derzeit für ihre Lebens- und Wirtschaftsweise verbrauchen.

Weitere Informationen unter

<https://www.germanwatch.org/de/overshoot> und [\(https://utopia.de/ratgeber/earth-overshoot-day/\)](https://utopia.de/ratgeber/earth-overshoot-day/)!



2022 betragen die globalen Militärausgaben 2 240 Milliarden US-Dollar

Die Top 5 verweisen auf 63 % der globalen Militärausgaben: 39 % entfallen auf die USA, 13 % auf China, 3,9 % auf Russland, 3,6 % auf Indien. Dann folgen Saudi Arabien, UK, Deutschland, Frankreich, Südkorea und Japan.

Quelle: SIPRI: <https://www.sipri.org/.../trends-world-military>

Termine 2023

- 12.6. **Mitgliederversammlung FRB /13.6. 4 Jahre FRB, + FRIEDENSKLIMA!**
- 16.6. **Andreas Zumach: Friede in der Ukraine.** Vortrag in Lindau, friedens räume
- 22.6. **Christine Hofmann: Kampagne gewaltfrei wirkt.** Lindau friedens räume
- 22./23.6. **Nuclearban Pacemaker Tour – DFG-VK, Überlingen/Friedrichshafen/Lindau/Ravensburg**
- 7.7. **Eröffnung FRIEDENSKLIMA! in Zell am Hamersbach, FRB**
- 7.7. **Flaggentag der Mayors for Peace** in Überlingen, Konstanz, Radolfzell
- 3.8. **Tour de Natur, Führung Goldbacher Stollen** in Überlingen, FRB
- 6./9.8. **Gedenktage Hiroshima (ÜB) und Nagasaki (Radolfzell)**
- 9.8. **Nagasaki-Tag: Peace Bell Läuten** in Heiden CH
- 12.8. **Jahresausflug FRB: „Kennenlernen und Austausch“,** Stockach
- 1.9. **Anti-Kriegstag in FN, VVN-BdA**
- 10.9. **von 14 – 17.30 Uhr Workshop „Kunstvoll Konflikte lösen“** mit Berit Mohr, Anmeldung friedens räume
- 13.9. **Appenzeller Friedensstationen - Pius Sues:** friedens räume Lindau. + 27.9. Exkursion
- 21.9. **UNO Weltfriedenstag: Aktion am Lindauer Hafen.** friedens räume, Friedensregion
- 23.9. **UNO-Weltfriedenstag** in St. Gallen
- 14./15.10. **Lebenshaus Schwäb. Alb Jahrestagung „We shall overcome! 4 biografische Zugänge“**
- 13. - 15.10. **Friedenskonzerte** Bremen, Osnabrück und Hannover + FRIEDENSKLIMA!
- 27./28.10. **Überlinger Friedenstage, Tagung.** Friedensregion, Friedenskonzepte + AWC mit FRIEDENSKLIMA!
- 28.10. **Konzert mit dem Pianisten Ahmad.** Überlinger Friedenstage, AWC, Friedenskonzepte + FRB
- 18.11. **Friedensdekade ÜB: Thema „zuhören!“**

Monatliche Termine 2023 des AK Friedensregion Bodensee

jeweils 2. Montag im PGH, Jasminweg 19 in Überlingen: Gäste und Interessent*innen sind willkommen - bitte bei christian.s.harms@gmx.de anmelden
 Termine 2023: 12.6. MV / 10.7. / Sa 12.8. Ausflug / 11.9. / 9.10. / 13.11. / 11.12.2023

Friedenspolitischer Stammtisch der Friedensregion Bodensee

jeweils 2. Freitag i.M. 19 Uhr in Überlingen,
 Nächster Termin 9.6. und 14.7.
Info-Friedensstammtisch@gmx.de

Resilienz-Gruppe

jeden 1. Montag i.M. 18 Uhr online-Treffen. Kontakt: frbfahrbach@aol.com

Schweigekreis für Frieden, Gemeinwohl und Klimaschutz:

jeden Freitag von 17 - 17.30 Uhr vor dem Alten Rathaus in Lindau. Teilnahme für jede*n möglich.



Mahnwache in Überlingen:

samstags um 11.30 Uhr am Landungssteg

Schweigen für Frieden, Klima und Gerechtigkeit. Mahnen, mitfühlen, sich besinnen, sich verbinden, Kraft schöpfen.

Mittwochs von 18.00 - 18.15 Uhr. Lutherplatz Konstanz



Buchtipps

Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind und wie wir in Zukunft leben werden

von Ulrike Herrmann

Eine Buchempfehlung von Martina Heise



Zahlreiche Autor:innen machen sich aktuell Gedanken angesichts der drohenden Klimakatastrophe und auch in diesem Newsletter gibt es immer wieder Empfehlungen von Buchtiteln, die die sozialen und ökonomischen Veränderungen analysieren, mit denen wir unsere Zukunft sichern können. Im Newsletter 28 von Dezember 2022 findet sich eine Rezension des Buches von Klaus Simon: **War-**

um Klimaschutz bisher verpufft und wie er gelingt. Autor Klaus Simon war auch einer der Referenten bei unserer letztjährigen Tagung über die „Macht des Mehr- Gottes“ und ein sachkundiger Gesprächspartner in der anschließenden Diskussion.

In diesem Newsletter möchten wir das aktuelle Buch der Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann empfehlen, die seit 2000 als Redakteurin bei der Tageszeitung taz in Berlin arbeitet und zu sozial- und wirtschaftspolitischen Themen publiziert. **Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind und wie wir in Zukunft leben werden** ist ein anregendes und sehr kenntnisreiches Buch, über dessen Schlussfolgerungen man sich Gedanken machen sollte.

Zunächst macht Herrmann eine Art Bestandsaufnahme und stellt fest, dass der Kapitalismus viel Positives bewirkt habe. Wir verdanken ihm Demokratie und Wohlstand, ein längeres Leben, mehr Gleichberechtigung und Bildung. Zugleich aber ruiniert er auf Dauer Klima und Umwelt, bedroht durch die Klimakrise sogar die menschliche Existenz. Weiter heißt es im Klappentext: „Die Klimakrise ist kein Zufall, sondern zielt ins Herz des Kapitalismus. Wohlstand und Wachstum

sind nur möglich, wenn man Technik einsetzt und Energie nutzt. Leider wird die Ökoenergie aus Sonne und Wind aber niemals reichen, um weltweites Wachstum zu befeuern. Die Industrieländer müssen sich deshalb vom Kapitalismus verabschieden und eine Kreislaufwirtschaft anstreben, in der nur noch verbraucht wird, was sich recyceln lässt.“

Historisch lehrreich und sehr gut zu lesen führt uns Ulrike Herrmann vor Augen, dass wir uns vom kapitalistischen Wachstumszwang verabschieden müssen. Und sie macht Vorschläge, wie unsere Zukunft ohne den Kapitalismus aussehen könnte. Bei den Überlinger Friedenstagen, unserer diesjährigen Tagung im Oktober, können die Thesen Ulrike Herrmanns diskutiert werden.

Ulrike Herrmann (2022): **Das Ende des Kapitalismus.**

Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind und wie wir in Zukunft leben werden.
Köln: Kiepenheuer & Witsch

„Herrmanns Buch ist lesenswert und setzt einen Kontrapunkt zu all denen, die die technologischen Möglichkeiten beim Klimaschutz womöglich überbewerten.“

Katja Scherer, Deutschlandfunk, 12. September 2022

„Ulrike Herrmann schreibt geradlinig und mit viel Sachverstand. Dadurch wird einmal mehr klar, wie groß die Herausforderung ist, vor die uns der Klimawandel stellt.“

Claas Christophersen, NDR Kultur, 7. Oktober 2022

„Das Buch zum Thema der Stunde, mit viel Futter (und Zündstoff) für politische Debatten.“ Brigitte, 12. Oktober 2022

„[Dieses Buch] weitet auf überraschende Art den Blickwinkel und regt zum Weiterdenken und Diskutieren an.“

Bernhard Hampp, Schwäbische Post, 15. Dezember 2022

„Das schlaue Buch (...) von Ulrike Herrmann sagt, dass wir das mit dem ewigen Wachstum mal langsam vergessen sollten und uns auf allmählichen Verzicht einstellen sollen.“

rbb Inforadio, 12. September 2022

Aktuelles

► Müssen wir den Kapitalismus aufgeben, um das Klima zu retten?

Bankenkrise, Klimakrise, Schuldenkrise – eine zufällige Häufung oder eine veritable Systemkrise? Immer öfters erklingt der Ruf nach einer radikalen Neuorientierung, ja nach einer Abschaffung des Kapitalismus. Ist die Forderung berechtigt oder naiv? Ein Streitgespräch in Sternstunde Philosophie von SRF Kultur:

https://www.youtube.com/watch?v=g_oL-R_bfnk&t=3s

► DIS:ARM - Friedensgespräche mit Linda Peikert und Jan van Aken

Hier der erste Podcast der Rosa-Luxemburg-Stiftung rund um Krieg & Frieden bei Spotify, Apple Podcasts, Soundcloud, überall wo es Podcasts gibt und unter:

disarm – Friedensgespräche der Rosa-Luxemburg-Stiftung - Rosa-Luxemburg-Stiftung (rosalux.de)

► Ein Jahr Krieg gegen die Ukraine – Andreas Zumach fragt nach Wegen zum Frieden

Kann eine ökologische, militärrarme, sozial und global gerechte Zeitenwende noch gelingen? Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat seit Februar 2022 bis heute tausenden Menschen das Leben gekostet. Millionen mussten ihre Heimat verlassen. Die Infrastruktur in vielen Teilen dieses Landes ist vielfach zerstört. Welche Chancen bietet zivile Friedensarbeit jenseits der militärischen Optionen?

<https://www.youtube.com/watch?v=hN3xhSZmoZQ>

► Bemerkenswerten Stellungnahme von 15 US-amerikanischen Sicherheitsexperten zum Ukrainekrieg:

The U.S. Should Be a Force for Peace in the World

The Russia-Ukraine War has been an unmitigated disaster. Hundreds of thousands have been killed or wounded. Millions have been displaced. Environmental and economic destruction have been incalculable. Future devastation could be exponentially greater as nuclear powers creep ever closer toward open war:

<https://eisenhowermedianetwork.org/russia-ukraine-war-peace/>

► Neue Gefahr: London hat Uranmunition an Kiew geliefert

Eine weitere Eskalation im Ukraine-Krieg. Gefahren durch Geschosse sind bekannt. Warum die Ukraine nun Klagen Geschädigter aus Serbien beachten sollte.

Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) berichtete Mitte der Woche, hier etwa in der Berliner Zeitung war zu lesen:

<https://www.hintergrund.de/globales/kriege/grossbritannien-hat-bereits-uranmunition-an-selenskyj-regime-geliefert/>

► Dazu die legendäre Doku: DU Depleted Uranium: Deadly Dust – Todesstaub

Diese Dokumentation von Frieder Wagner erzählt von einem Kriegsverbrechen: dem Einsatz der Uranmunition im Irak, im Bosnienkrieg und im Kosovo. Diese „Wunderwaffe der Alliierten durchdringt einen feindlichen Panzer wie ein Messer die Butter. Dabei verbrennt das radioaktive Uran, das zudem hochgiftig ist und eine Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren hat, zu winzigsten Nanopartikelchen. Eingeatmet können sie tödliche Krebstumore verursachen und den genetischen Code aller Lebewesen für viele Generationen deformieren. In den betroffenen Ländern sind dadurch inzwischen ganze Regionen unbewohnbar geworden:

<https://www.youtube.com/watch?v=-HztabrfIO4>

https://www.youtube.com/watch?v=bNz_rxAL1K0

► Geheimdienstchef warnt vorm Russen

Verfassungsschutzpräsident will AfD als »Handlanger des Kreml« scharfer ins Visier nehmen: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1173425.inlandsgeheimdienst-geheimdienstchef-warnt-vorm-russen.html>

► Vergessene Konflikte?! Die friedensräume Lindau bieten immer wieder Veranstaltungen zum Thema Palästina an, insgesamt aber droht der Konflikt im Nahen Osten in Vergessenheit zu geraten

Die amerikanisch-palästinensischen Journalistin Shireen Abu Akleh war während der Berichterstattung im Mai 2022 tödlich von einer Kugel des israelischen Militärs getroffen worden. Der Fall wirft bis heute Fragen auf: <https://www.swr.de/swr2/doku-und-feature/tod-einer-ikone-die-journalistin-shirin-abu-akleh-sw2-feature-2023-04-28-100.html>

► E-Fuels und Kernfusion: Märchenstunde FDP

Klimaneutralität über den Preis herzustellen funktioniert nicht. Aber auch Kernfusion, Minireaktoren und E-Fuels sind weltfremd und keine Option. Dazu der Kommentar von Ulrike Herrmann:

<https://taz.de/E-Fuels-und-Kernfusion!/5930597/>

► **Passend zum Kommentar von Claus Kittsteiner in diesem Newsletter:**

Berlins Bürgermeister Kai Wegener (CDU) spricht sich gegen „Gendersprache“ aus. Ein Beispiel für rechte Kulturkämpfe, die das Scheitern von Politik kaschieren sollen: <https://taz.de/Kai-Wegener-gegen-gendergerechte-Sprache!/5933280/>

► **Gute Nachrichten vom Planeten**

Projekte, die Mut machen, Projekte, die zeigen, wie es gelingen kann, unsere Lebensgrundlagen zu bewahren. Die Serie „Gute Nachrichten vom Planeten“ in der arte-Mediathek zeigt Vorbilder dieses Gelingens aus allen Teilen der Welt – ob Schulen aus recyceltem Müll in Indonesien, renaturierte Moore in Deutschland oder kompostierbare Jeansstoffe in Italien. Hier sind zahlreiche Beispiele versammelt, die Hoffnung geben:

[https://www.arte.tv/de/videos/RC-021851/gute-nachrichten-vom-planeten/](https://www.arte.tv/de/videos/RC-021851/gute-nachrichten-vom-planet/)

► **Olaf Scholz: Verzerrte Hoffnung auf dem G7-Gipfel**

Ein Kommentar von René Heilig in neues deutschland über die Visionen des Bundeskanzlers auf dem G7-Gipfel und die Realität: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1173399.kommentar-olaf-scholz-verzerrte-hoffnung-auf-dem-g-gipfel.html>

► **Klimawandel in der Literatur: Apokalypse ciao**

Die Klimakrise kommt längst in Kunst und Kultur vor. Ein Blick auf die Klima-Fiktion zeigt: Der Trend geht weg vom Weltuntergang, hin zur Ermutigung: <https://taz.de/Klimawandel-in-der-Literatur!/5932983/>

► **Und immer samstags hörenswert: Jazz & Politik - das politische Feuilleton auf Bayern 2**





Jazz und Politik ist knapp eine Stunde politisches Feuilleton. Ein wöchentliches Magazin, jeden Samstag ein Thema, ein Moderator und sechs Autoren. Die Sendung greift Aktuelles auf, um es zu vertiefen, beleuchtet Politik von allen Seiten oder setzt ein Thema, das noch in der Luft liegt. Politisch pointiert, offen für neue Perspektiven. Zwischen den Beiträgen und Essays läuft Jazz - jeweils ausgewählt von einem Musikredakteur.

Moderation: Lukas Hammerstein

<https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/jazz-und-politik/index.html>

IMPRESSUM

Der Newsletter wird herausgegeben von der Friedensregion Bodensee e.V., Redaktion Martina Heise M.A. (ViSdP)

-  Internet: www.friedensregion-bodensee.de
-  E-Mail: frb.newsletter@gmail.com
-  Facebook: www.facebook.com/groups/1375301249210262/
-  Instagram: www.instagram.com/friedensregionbodensee/

Wenn Sie den Newsletter abbestellen möchten, schicken Sie uns bitte eine Mail an die oben angegebene Adresse.

Anregungen und Kritik sind gleichermaßen willkommen.

Wir verweisen auf die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf unserer Homepage. Ihre Mailadresse verwenden wir ausschließlich zum internen Gebrauch.

Gestaltung: Andrea Künst, info@mediashape.de

Fotos: Fotos: FRB, Frieder Fahrbach, Martina Heise, F.Schlienz, B.Amann, soweit nicht anders angegeben.

Dem FRB-Vorstand gehören an:

Jürgen Dornis Vorstand Schatzmeister, AK schulische Friedensbildung, Redaktionsteam NL

Brigitte Ehrich Fachbeirätin, AK Friedensbildung, Moderation und Prozessbegleitung

Frieder Fahrbach Vorstand, Redaktionsteam NL, FRIEDENSKLIMA!, Bodensee-Friedensweg

Christian Harms Vorstand Schriftführer, Kontakt zu IPPNW

Claus Kittsteiner Fachbeirat, Militär und Klima, Geflüchtete Lesbos, Bodensee-Friedensweg

Martina Knappert-Hiese Fachbeirätin, Netzwerk Friedensbildung

Bernd Wipper Vorstand, Bodensee-Friedensweg, „Sicherheit neu denken“, Rüstung, Kontakt zu DFG-VK und zu Kirchen

Assoziiert:

Martina Heise FRIEDENSKLIMA! Redaktion Newsletter
Ursula Binzenhöfer